

Vorlage Nr. 101.20.200

15. September 2026
1 von 1

Bericht zu Missständen am Kasseler Klinikum

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen und in den Ausschuss für Bildung, Jugend, Gesundheit und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen sowie des Ausschusses für Bildung, Jugend, Gesundheit und Gleichstellung eine*n Vertreter*in der Geschäftsführung des Klinikums noch in diesem Jahr einzuladen, damit diese*r über öffentlich gewordene Missstände im Kasseler Klinikum und daraus resultierenden Vorwürfen gegen die Leitung des städtischen Krankenhauses berichten kann.

Begründung:

Für die Kasseler Bürger:innen ist es wichtig, darauf vertrauen zu können, dass sie und ihre Angehörigen im Klinikum Kassel gut versorgt werden. Ebenso wichtig sind gute und sichere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Mögliche Missstände müssen angesprochen werden können – ohne Angst vor Repression oder anderen Konsequenzen.

Die in einem anonymen Schreiben erhobenen Vorwürfe über die Zustände am Klinikum Kassel müssen ernst genommen und aufgeklärt werden. Dieser Vorgang ist Anlass, das Klinikum nicht nur auf einzelne mögliche Missstände hin zu betrachten, sondern mit einer systemischen Brille: Gute Qualität im Krankenhaus braucht vor allem gute Arbeitsbedingungen und ausreichend Personal, eine verlässliche Finanzierung, demokratische Kontrolle und eine öffentliche beziehungsweise gemeinnützige Trägerschaft.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Sabine Leidig

gez. Sabine Leidig
Fraktionsvorsitzende

gez. Atilla Sarikaya
Fraktionsvorsitzender